A10NEU10 Die soziale und gerechte Stadt

Gremium:	Vorstand KV LU - Nesrin Akpinar
Beschlussdatum:	20.10.2018
Tagesordnungspunkt:	0. Tagesordnung

Text

Wir setzen auf die Bekämpfung von Armut!

Ziel grüner Sozialpolitik ist es, allen Menschen die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen. Wir werden die Ausgrenzung von Menschen verhindern, die mit Behinderung, Armut oder in Einsamkeit leben. Wir werden Politik für alle Menschen unserer Stadt machen. Politik für alle Menschen der Stadt ist die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen. Wir setzten uns für bessere soziale Infrastruktur und gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen ein. Hilfesysteme wollen wir konsequent an der Würde und den Bedürfnissen der Hilfsbedürftigen ausrichten. Es gilt, mit den Möglichkeiten der kommunalen Sozialpolitik Armut zu bekämpfen und möglichst zu verhindern, dass Menschen in Armut fallen.

Besonderes Augenmerk muss der Bekämpfung der Kinderarmut und der Verbesserung der Situation Alleinerziehender gelten. Bei der Berichterstattung und bei der Erstellung eines Konzepts zur Armutsbekämpfung müssen die freien Träger, die über eine besonders große Erfahrung in der Arbeit mit armen Menschen verfügen, berücksichtigt werden.

Menschen ohne eigenes Einkommen sollen auf einem Mindestniveau versorgt sein und in Würde leben können; möglichst in selbst angemieteten Räumen unter Gewährleistung einer kontinuierlichen Versorgung mit Strom und Heizenergie und mit erträglichen sanitären Bedingungen. Damit keine Menschen in Notunterkünften leben müssen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, muss die Stadt ein Handlungskonzept erarbeiten.

Energieeffizientes Wohnen darf nicht nur zahlungskräftigen Mietern und Eigentümern vorbehalten sein. Der Stadtvorstand muss auf die Wohnungsbaugesellschaft GAG einwirken, damit gerade finanzschwache Bürger*innen die Chance haben, mit einer erträglichen "zweiten Miete“, d.h. zu erschwinglichen Energiekosten leben zu können. Bei Sanierungsprogrammen wie in der Südlichen Innenstadt muss die Stadt darauf hinarbeiten, dass bei der Renovierung von Wohnraum soziale und ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Grüne Ziele sind…

- Ein Konzept zur Bekämpfung finanzieller Notlagen und gegen die Einweisung in Notunterkünfte
- Ein Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut
- Weitgehende Sicherungen gegen Strom- und Heizenergiesperren bei finanziell Schwachen und Gebührenfreiheit bei Entschuldungsmaßnahmen
- Energieeffiziente Wohnangebote für finanziell Schwache
- Ökologische und soziale Eingriffe bei der Wohnraumsanierung
- Intensivierung der Schuldnerberatung für junge Leute.

Beratung und Versorgung - wohnortnah

DIE GRÜNEN fordern einen Ausbau von Einrichtungen der sozialen Beratung und Versorgung auf Stadtteil- und Quartiersebene. Gerade finanziell oder in der Mobilität eingeschränkte Menschen greifen auf dezentrale Angebote zurück. Quartiersbezogene Familieneinrichtungen sind daher eine wichtige Hilfe für Alte, Alleinerziehende, Einsame und viele Menschen mit unzureichenden Deutschkenntnissen.

Beschäftigung fördern, Arbeitslosigkeit mindern

Die Stadt wird alle Möglichkeiten nutzen, Arbeitslose zu qualifizieren und mithilfe eines "dritten Arbeitsmarkts“ bedarfsgerechte Arbeitsgelegenheiten anbieten, die den Betroffenen auch zu einer spürbaren finanziellen Verbesserung verhelfen. Zur Integration bildungsbenachteiligter Jugendlicher in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt müssen erfolgreiche Maßnahmen wie KÜM ,,Kooperatives Übergangsmanagement Schule Beruf“, Berufslotsen und Jobfüxe zur Regel werden. Zum Abbau von Diskriminierung werden wir auch auf kommunaler Ebene anonyme Bewerbungsverfahren voranbringen.

Grüne Ziele sind…

- Zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Stadtverwaltung und ihren Tochtergesellschaften,
- Weitere Qualifizierungsinitiativen für junge und ältere Arbeitslose in der Stadt im Verbund mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und den Weiterbildungseinrichtungen,
- Städtische Unterstützung eines lokalen "Dritten Arbeitsmarkts“
- Zusatzjobs und sozialgeförderte Jobs zur dauerhaften Eingliederung in das Berufsleben mithilfe von Bundes- und Landesprojekten

Stadt für alle Generationen

Die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen werden in der altersgerechten Stadt berücksichtigt. Der Öffentliche Nahverkehr, neue und sanierte Wohnungen und die Kommunikation mit der Verwaltung müssen möglichts barrierefrei werden..

Für kranke und pflegebedürftige Menschen muss ein engmaschiges Hilfe- und Informationsnetz zur Verfügung stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die wachsende Zahl von Menschen in Altersarmut in Ludwigshafen finanziell abgesichert und würdig wohnen und leben können.

Grüne Ziele sind…

- Mehr lokale Anstrengungen zur Verhinderung von Altersarmut besonders bei Frauen
- Ein Konzept und die Umsetzung für altersgerechte Mobilität und altersgerechtes Wohnen in der Stadt
- Pflegestützpunkte müssen möglichst stadtteilnah eingerichtet werden
- Förderung der Mitwirkung älterer Menschen in allen sie betreffenden Fragen

Flüchtlingspolitik

Nach Ludwigshafen kommen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, aber auch vor großer Not geflohen sind. Ihnen wollen wir in Ludwigshafen ein menschenwürdiges Leben zusichern und eine Willkommenskultur, die sie vor Diskriminierung und Rassismus schützt und ihnen gute Integrationsmöglichkeiten bietet.

Grüne Ziele sind…

- Einbeziehung der Wohnungsbaugesellschaften (insbesondere GAG) und privater Vermieter bei der dezentralen Wohnungsversorgung
- Die Verbesserung des Integrations- und Berufsbildungsangebots, Bildungsintegration auch für junge Erwachsene und Menschen mit unklaren Bleibeperspektiven
- Konsequente Umsetzung der Schulpflicht, möglichst frühzeitige Bildungsintegration; Lernen in gemischten Klassen, gezielte Förderung der sprachlichen Integration
- Vermeidung von Ghettobildung
- Das Wohnen in Notunterkünften darf kein Dauerzustand sein!

Integration: Mehr Teilhabe, mehr Förderung

Insgesamt weit über 30% der Ludwigshafener haben einen Migrationshintergrund. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind in ihren Bildungschancen oft benachteiligt. Viel zu Wenige erhalten die Ermutigung und Förderung um Abitur oder Fachhochschulreife zu erreichen; weiterhin zu Viele verlassen die Schule ohne Abschluss. Jede Investition in Bildung ist eine Investition in Integration und damit eine Zukunftsinvestition für unsere Stadt. Je früher, desto besser. Die Integrationspolitik der Stadt braucht ein Konzept und Koordinierung. So werden wir das friedliche und funktionierende Zusammenleben, die soziale Integration, in Ludwigshafen mitgestalten.

Die Teilhabe der MigrantInnen in den verschiedenen Lebensbereichen der Kommune ist bis heute nicht gelungen. Kommunales Wahlrecht für alle in Ludwigshafen

lebenden Menschen, nicht nur EU-Bürger. Die Integration ist nicht nur das Angebot zur Teilhabe, sondern auch der Wille dazu.

Grüne Ziele sind…

- Eine nachhaltige, zukunftsorientierte und koordinierte Migrationspolitik mit einem Migrationsrat (vorhanden: BMI)
- Eine Intensive Sprachförderung von Anfang an! Schon in den Kindergärten und Kindertagesstätten
- Förderung der bilingualen Erziehung
- Die Nutzung des Landesprogramm Kita plus zu niedrigschwelligen Informations- und Beratungsangeboten für Eltern
- Familienbildung und -unterstützung mit den Schwerpunkten Erziehung, Bildung, Gesundheit und Ernährung
- Angebot für Sprach- und Integrationskurse auch für „freiwillig" Teilnehmende, z.B. schon länger hier Lebende und mehr Mama-Kurse
- Miteinbeziehen aller Eltern in die vor- und schulischen Fördermaßnahmen der Grund- und weiterführenden Schulen ihrer Kinder
- Ausweitung der inner- und außerschulischen Sozialarbeit
- Die Begleitung des Übergangs der Jugendlichen mit Migrationshintergrund von der Schule zum Beruf durch intensive, koordinierte Zusammenarbeit von Einrichtungen der schulischen und außerschulischen Sozialarbeit
- Fördermaßnahmen auch für Kinder und Jugendliche und deren Eltern, die in Deutschland geboren sind
- Mehr Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst
- Stipendien für alle, gefördert durch die Stadt
- Teilhabe der Migranten in allen Bereichen der Politik

Inklusion

Die UN-Behindertenrechtskonvention, die das Menschenrecht auf selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert, ist auch bei uns noch längst nicht vollständig umgesetzt. Menschen mit Behinderungen sind tagtäglich vielfachen Diskriminierungs- und Exklusionserfahrungen ausgesetzt. An dem Abbau dieser Teilhabehindernisse wollen wir im Land und in den Kommunen arbeiten - unser Ziel ist die inklusive Gesellschaft!

Grüne Ziele sind…

- Einen kommunalen Behindertenbeauftragten
- Zur Unterstützung der Kommunalen Behindertenbeauftragten die Erstellung eines kommunalen Aktionsplans für Inklusion
- Den weiteren Ausbau von Barrierefreiheit, sowohl im ÖPNV, als auch beim Wohnraum, der Zugänglichkeit von Arztpraxen oder Wahllokalen.
- Eingliederungs- und Jugendhilfe eng miteinander vernetzen, mit dem Ziel, Hilfen und Teilhabeleistungen aus einer Hand zu verwirklichen